Sitzungsvorlage	Vorlage- Nr:	VO/2019/2411-R1
Federführend: 1 Referat für zentrale Steuerung, Personalwesen und Konversionsmanagement	Status:	öffentlich
	Aktenzeichen:	
	Datum:	13.05.2019
Beteiligt:	Referent:	Hinterstein Christian

Entwicklung "MUNA" und ehemaliger "US-Schießplatz"

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Zuständigkeit
22.05.2019	Konversionssenat	Kenntnisnahme

I. Sitzungsvortrag:

1. Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA):

Wie zuletzt in der Sitzung des Konversionssenates am 13.02.2019 berichtet, steht die Stadt Bamberg mit den Vertreterinnen und Vertretern der BImA in intensiven Verhandlungsgesprächen, mit dem Ziel, die Gelände der „MUNA“ sowie des ehemaligen US-Schießplatzes (sog. Reese Range) zu erwerben. Hierzu fanden bereits mehrere Gesprächsrunden in Bamberg mit Vertreterinnen und Vertretern der BImA aus den Sparten Verkauf, Portfolio Management und Facility Management statt, zuletzt am 01.03.2019.

Weiterhin gab es am 16.04.2019 ein Gespräch mit dem Vorstandsmitglied der BImA, Herrn Paul Johannes Fietz. Herr Fietz ist insbesondere auch für die Sparten Verkauf und Portfolio Management zuständiges Vorstandsmitglied. Ziel des Gespräches war die Klärung der Frage, ob und zu welchen Rahmenbedingungen ein Erwerb der Flächen durch die Stadt Bamberg ohne konkret vorliegende Nutzungskonzeptionierung, welche nach den Regelungen der Erstzugriffsoption grundsätzlich zu fordern ist, möglich wäre. Seitens der BImA wurde hierzu erklärt, dass die BImA zum Verkauf an die Stadt Bamberg grundsätzlich bereit ist. Ausgenommen von einem solchen Verkauf ist allerdings die Fläche des ehemaligen Schießplatzes, welche derzeit durch die Bundespolizei für die Schießausbildung genutzt wird. Die übrigen Flächen des Schießplatzes könnten aber durch die Stadt Bamberg grundsätzlich erworben werden.

BImA und Stadt haben sich darauf verständigt, die konkreten Rahmenbedingungen eines solchen Erwerbs gemeinsam zu erarbeiten. Hierzu sollen die Gespräche insbesondere mit den beteiligten Wertermittlern noch geführt werden. Aus Sicht der Stadt Bamberg wurde klargestellt, dass die Stadt an das Ergebnis der Bürgerentscheide vom 18.11.2018 gebunden ist. Die möglichen Grundlagen für eine aktuelle Wertermittlung müssen dies berücksichtigen. Neu ist, dass jetzt gemeinsam geprüft wird, ob und inwieweit durch entsprechende Aufzahlungsklauseln ein weitestgehend nutzungsunabhängiger Erwerb ermöglicht werden kann. Der Oberbürgermeister und das Vorstandsmitglied Fietz haben sich auf diesen Weg verständigt, um eine neue Perspektive beim Erwerb zu entwickeln.

Aus Sicht der Verwaltung wird weiterhin der möglichst zeitnahe Erwerb der Flächen von MUNA und Schießplatz (mit Ausnahme der Flächen der Bundespolizei) empfohlen. Die Entwicklung der Konversionsliegenschaften hat gezeigt, wie schnell sich Planungen und Vorgaben ändern können. Entwicklungssicherheit - außerhalb der Möglichkeiten des Bauplanungsrechtes - besteht daher nur, wenn die Stadt Bamberg auch Eigentümerin entsprechender Flächen ist. Die Verwaltung empfiehlt daher die Bekräftigung des einstimmigen Grundsatzbeschlusses des Stadtrates vom 26.03.2012 zum Erwerb aller Konversionsliegenschaften von der BImA im Hinblick auf die Flächen MUNA und Schießplatz durch den Konversionssenat sowie den Auftrag an die Verwaltung, die Flächen schnellstmöglich zu erwerben.

2. Sondierungsgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerinitiative „Für den Hauptsmoorwald“ am 07.05.2019:

Auf Einladung des Oberbürgermeisters fand am 07.05.2019 ein gemeinsames Sondierungsgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerinitiative „Für den Hauptsmoorwald“ sowie Vertreterinnen und Vertretern der Stadtratsfraktionen sowie der Ausschussgemeinschaft statt. Ziel des Sondierungsgespräches war eine mögliche Verständigung über die weitere Vorgehensweise. Einigkeit bestand in dem Gespräch, dass keine isolierten Planungen für das MUNA-Gelände sinnvoll wären. Seitens der Bürgerinitiative wurde die Einbeziehung der Flächen in einen ganzhaltigen, das gesamte Stadtgebiet umfassenden, Diskussions- und Planungsprozess gefordert. In diesem Kontext können auch die Flächen der MUNA eine Rolle spielen, ohne dass hierfür heute schon Nutzungen definiert würden. Eine isolierte Betrachtung werde aber abgelehnt. Aus Sicht der Initiative werde daneben erwartet, dass die Stadt das Ergebnis der Bürgerentscheide vom 18.11.2018 auch insofern in konkrete weitere Planungen umsetze, als Teilflächen der MUNA in ihrem Schutzbereich bzw. -status erweitert und aufgewertet werden sollten.

Einigkeit bestand hinsichtlich der Frage nach einem möglichst raschen Erwerb der Flächen durch die Stadt Bamberg. Auch aus der Sicht der Bürgerinitiative soll die Stadt Bamberg diese Flächen möglichst zeitnah von der BImA erwerben. Daher soll zunächst der Erwerb durch die Stadt erfolgen und anschließend ein Beteiligungsprozess gemeinsam konzeptioniert werden. Dieses Ergebnis soll nun vom Stadtrat legitimiert werden.

3. Offene Anträge der Stadtratsfraktionen sowie der Ausschussgemeinschaft:

Aktuell liegen folgende Anträge zu MUNA und Schießplatz vor:

- Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 29.11.2018 („MUNA für alle“)
- Antrag von Frau Stadträtin Reinfelder und Herrn Stadtrat Pöhner vom 19.02.2019
- Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 28.02.2019 („Zweckerklärung Wohnen“)
- Antrag der GAL-Stadtratsfraktion vom 12.03.2019 („Fahrplan für das MUNA-Gelände“)
- Antrag der BA-Stadtratsfraktion vom 10.04.2019 („Kosten für MUNA benennen“)

Diese Anträge liegen der Sitzungsvorlage als Anlagen 1 bis 5 bei.

Im Hinblick auf das Sondierungsgespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerinitiative vom 07.05.2019 wird seitens der Verwaltung empfohlen, die Anträge, welche konkrete Entwicklungsziele und Vorschläge für die MUNA enthalten, zunächst zurückzustellen und in einen gemeinsamen Planungs- und Beteiligungsprozess einzubringen. Eine vorgezogene und einseitige Festlegung der Stadt Bamberg zum heutigen Zeitpunkt auf bestimmte Planungsziele und -inhalte wird als nicht sinnvoll erachtet. Damit soll auch der begonnene Damit soll auch der begonnene Dialog mit der Bürgerinitiative respektiert und gestärkt werden.

Die konkrete Ausgestaltung eines gemeinsamen Beteiligungs- und Planungsverfahrens erfolgt parallel zu den weiteren Bemühungen der Stadt Bamberg um einen Erwerb der Flächen von der BImA. Dabei soll ein Zeit- und Maßnahmenplan abgestimmt und dem Stadtrat zum Beschluss vorgelegt werden. In diesem Kontext wird auch über die „Forderungen“ seitens der Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative im Hinblick auf die Schaffung von Bannwald, Landschaftsschutzgebiet und Naturschutzflächen im Bereich von MUNA und Schießplatz beraten werden.

Kosten für Maßnahmen im Bereich der MUNA können derzeit durch die Verwaltung nicht seriös benannt werden. Zum einen ist derzeit noch nicht absehbar, welchen Wert die Flächen nach Auffassung der Wertgutachter (BImA) haben. Zum anderen kann derzeit noch nicht das entsprechende Aufwandspotenzial abgeschätzt werden. Hierzu wäre eine Gesamtaufnahme der Fläche mit den vorhandenen bzw. potenziellen Altlasten- und Kampfmittelverdachtsflächen erforderlich. Hierzu gehören auch die Aufwendungen für die Beseitigung der vorhandenen Gleisanlagen. Die begleitende Altlastenuntersuchung wird derzeit fortgesetzt. Das städtische Umweltamt hat hierzu eine entsprechende Stellungnahme abgegeben. Auf Basis der mit der zentralen Leitstelle des Bundes (OFD Hannover) abgestimmten Kontaminationsverdachtsflächenliste können sodann weitere Einschätzungen zu möglichen Kostenpotenzialen erstellt werden. Hierzu wird die Verwaltung weiter berichten.

Im Zuge der Ausbauplanungen der Deutschen Bahn für das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit in Bamberg wird auch Kompensations- und Ausgleichsbedarf ermittelt. Seitens des Bundes ist vorgesehen, zumindest einen Teil der potenziellen Ausgleichsflächen auch im Bereich der MUNA zu generieren. Eine konkrete Festlegung hierzu liegt der Stadt Bamberg noch nicht vor. Hierzu wird die Deutsche Bahn gemeinsam mit BImA zu Gesprächen einladen. Ein erstes Gespräch wurde bereits terminiert. Generell gilt, dass entsprechender Ausgleichsbedarf des Bundes als sogenannter „Bundesbedarf“ einem Verkauf an die Stadt Bamberg vorgeht. Soweit sich entsprechende Ausgleichsflächen im Bereich von Flächen befinden, welche ohnehin künftig als Grün- bzw. Naturschutzflächen vorgesehen sind, besteht aus Sicht der Stadt Bamberg auch kein Handlungsbedarf. Die Stadt Bamberg strebt dabei auch einen Erwerb dieser Ausgleichsflächen mit an.

II. Beschlussvorschlag:

1. Der Konversionssenat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2. Der Konversionssenat hält an dem geplanten Erwerb der Flächen der ehemaligen „MUNA“ sowie eines Teils des ehemaligen „Schießplatzes“, welcher nicht durch die Bundespolizei genutzt wird, fest und beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, ein Verfahren zur Wertermittlung zu entwickeln und erneut im Konversionssenat zu berichten.

3. Die Anträge der SPD-Stadtratsfraktion vom 29.11.2018, von Frau Stadträtin Reinfelder und Herrn Stadtrat Pöhner vom 19.02.2019, der SPD-Stadtratsfraktion vom 28.02.2019, der GAL-Stadtratsfraktion vom 12.03.2019 und der BA-Stadtratsfraktion vom 10.04.2019 sind geschäftsordnungsgemäß behandelt.

III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

X	**1.**	keine Kosten
	2.	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	3.	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	4.	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates:**

Anlage/n:
Anlage 1: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 29.11.2018
Anlage 2: Antrag von Frau Stadträtin Reinfelder und Herrn Stadtrat Pöhner vom 19.02.2019
Anlage 3: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 28.02.2019
Anlage 4: Antrag der GAL-Stadtratsfraktion vom 12.03.2019
Anlage 5: Antrag der BA-Stadtratsfraktion vom 10.04.2019

Verteiler:

STADTRATS-
FRAKTION
BAMBERG
SPD

An Herrn
Oberbürgermeister Andreas Starke
Rathaus Maxplatz

SPD Fraktion Bamberg

Fon: 0951 – 208 24 – 36
Fax: 0951 – 208 24 – 37
Mobil: 0157-82980120
fraktion@spd-bamberg.de

Bamberg,den 29.11.2018

Die SPD-Stadtfraktion stellt einen Antrag auf Entwicklung des MUNA-Geländes:

MUNA für Alle

Die SPD-Stadtfraktion stellt einen Antrag auf die Weiterentwicklung des MUNA-Geländes anhand von Pflegeplätzen, Wohnräume und eines eigenen Wildparks, um den Osten Bambergs lebendiger zu gestalten.

Errichtung eines Wildparks in der Nähe des „neuen Wohngebietes MUNA"

Um die Attraktivität eines neuen Wohngebiets MUNA zu steigern, beantragt die SPD die Entwicklung eines Wildparkes mit heimischen Tieren auf dem MUNA-Gelände. Eine derartige Attraktion fehlt Bamberg noch und wäre dazu geeignet, die Lebensqualität und das Freizeitangebot für alle Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Bamberg ist eine wachsende Stadt und muss für alle Altersgruppen attraktiv bleiben, auch in der Zukunft. Die Nähe zum Hauptsmoorwald bietet sich geradezu an, die Tierwelt zu erleben und ein Bewusstsein für Natur und Tierwelt zu schaffen und erlebbar zu machen. Um auf Tuchfühlung mit den Tieren und der Natur gehen zu können, schlagen wir zudem vor, auch einen Streichelzoo im Wildpark einzurichten. Um den angrenzenden Hauptsmoorwald und dessen Funktion besser kennenzulernen, könnten auch waldpädagogische Führungen für Schulklassen und interessierte Gruppen angeboten werden.

SPD Stadtratsfraktion Bamberg
Grüner Markt 7
96047 Bamberg

Fon: 0951 – 208 24 -36
Fax: 0951 – 208 24 – 37
fraktion@spd-bamberg.de

www.spd-bamberg.de
facebook.com/SPDBamberg
twitter.com/SPD-Bamberg

Ergänzung des Wohngebietes MUNA durch Senioreneinrichtung mit stationärer Pflege

Da Anstrengungen unternommen werden müssen, die steigende Anzahl von Seniorinnen und Senioren fachgerecht betreuen zu können und die fehlenden stationären Langzeitpflegeplätze und Pflegeplätze auszugleichen, soll auf dem MUNA-Gelände auch ein Pflege- und Seniorenheim errichtet werden. Bamberg steht vor der Herausforderung, die demografische Wirklichkeit zu meistern, da Pflege- und Betreuungsplätze für unsere älteren Mitbürger schlichtweg fehlen. Derzeit müssen pflegebedürftige Seniorinnen und Senioren das Stadtgebiet verlassen, weil nicht genügend Betreuungs- und Pflegeplätz im Stadtgebiet angeboten werden können. Diese Situation kann so nicht bleiben und wird unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht gerecht.

Ergänzung des Wohngebietes MUNA um ein eigenes Demenz-Dorf.

Eine Idee wäre, auf den versiegelten Flächen eine Wohnanlage speziell für Menschen mit dem Krankheitsbild Demenz entstehen zu lassen.

Rund 1,6 Millionen Menschen sind in Deutschland nach Angaben der Deutschen Alzheimer-Gesellschaft an Demenz erkrankt und diese Zahl ist jährlich steigend (um 40.000).
© *dpa/aerzteblatt.de*

Bei der Suche nach einer Möglichkeit für die Nutzung des MUNA-Geländes entstand die Idee eines Dorfes für demenzkranke Menschen.
Die Bewohner haben dort die Möglichkeit in einer Hausgemeinschaft, in einer nach außen abgeschlossenen Siedlung, zu leben. Die Bewohner können sich dort frei bewegen ohne sich zu verirren, denn die Wege könnte man so anordnen, dass man letztlich wieder am Ausgangspunk ankommt. Das Umfeld kann an die Bewohner angepasst werden.
Einen Ausflug an die Promenade, um zu flanieren, am Teich spazieren zu gehen oder sich im Restaurant mit Bekannten zu treffen, bringt den Bewohnern etwas Normalität in eine „ver-rückten" Welt. Man lebt in einem Stadtteil in der Stadt und dies in Wohngemeinschaften oder Wohnungen wie vor der Erkrankung und ist dennoch geschützt. In Deutschland gibt es bis jetzt noch sehr wenige solcher Einrichtungen, so Felix Holland.
Demenz zählt zu den häufigsten Erkrankungen im Alter. Heilungsmöglichkeiten für den Verlust der geistigen Leistungsfähigkeit gibt es bisher nicht.
Eine Initiative für Demenzdörfer würde die betroffenen Menschen nicht hinter einer Mauer verstecken. Es ist ein Teil der Stadt, in dem die Bewohner nicht die ganze Zeit beaufsichtigt werden müssen, sondern ihrem/n gewohnten Lebensablauf nachgehen können. Man kann dem ganzen noch mehr Leben verleihen, indem man für die jeweiligen Menschen den Raum gerecht gestaltet, wie z.B. mit Hühnern oder Karottenbeeten.
Erfahrungsberichten zufolge sind die „Einwohner" von „**De Hogeweyk**" in den Niederlanden oder dem Demenzdorf in Hameln (Deutschland) weitaus ruhiger und weniger depressiv als in regulären Betreuungseinrichtungen.

SPD Stadtratsfraktion Bamberg
Grüner Markt 7
96047 Bamberg

Fon: 0951 – 208 24 -36
Fax: 0951 – 208 24 – 37
fraktion@spd-bamberg.de

www.spd-bamberg.de
facebook.com/SPDBamberg
twitter.com/SPD-Bamberg

STADTRATS-
FRAKTION
BAMBERG
SPD

Spielanlagen und Freizeit

Spielanlagen für Jung und Alt einrichten:
Ergänzend zum Wildpark schlagen wir vor, Spielanlagen und Freizeitmöglichkeiten für alle Altersgruppen zu erarbeiten und einzurichten. Die Spiel- und Beschäftigungsanlagen sollen altersgruppenübergreifend konzipiert werden und den Gesundheitsaspekt widergeben.
Neben „klassischen" Spielelementen wie Rutsche, Schaukel, Wippe und Sandspielbereich ist es möglich, Kletter- und Balancestrecken sowie Geräte zur körperlichen Kräftigung aufzustellen. Weiterhin könnten Plätze eingerichtet werden, um das historische Boccia Spiel wieder aufleben zu lassen. Das MUNA Gelände könnte ein Ort der generationenübergreifenden Begegnung werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Felix Holland
Stadtrat

gez. Ingeborg Eichhorn
Stadträtin

SPD Stadtratsfraktion Bamberg
Grüner Markt 7
96047 Bamberg

Fon: 0951 – 208 24 -36
Fax: 0951 – 208 24 – 37
fraktion@spd-bamberg.de

www.spd-bamberg.de
facebook.com/SPD Bamberg
twitter.com/SPD-Bamberg

Freie Demokraten FDP
Stadtrat Martin Pöhner
Katharinenstraße 1
96052 Bamberg

BuB
Stadträtin Daniela Reinfelder
Schorkstraße 2
96049 Bamberg

Herrn
Oberbürgermeister Andreas Starke
Stadt Bamberg
Maximiliansplatz 3
96047 Bamberg

Antrag: Dreiklang aus Natur, Wohnen und Handwerk für die Muna

Bamberg, den 19.02.2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir halten es für wichtig, für die Zukunft der Muna jetzt eine Vision zu schaffen als Grundlage für den Ankauf der Fläche von der BIMA durch die Stadt Bamberg.

Wir sind davon überzeugt, dass eine solche Vision einerseits dem Ergebnis des Bürgerentscheids Rechnung tragen muss und der Natur breiteren Raum einräumen muss als bei vergangenen Planungen. Andererseits muss es aber auch darum gehen, dem Bedürfnis der Menschen nach preisgünstigem Wohnraum und den Belangen des Bamberger Handwerks Rechnung zu tragen, das dringend Erweiterungsflächen benötigt.

Wir haben deshalb mit dem beiliegenden Plan und den ebenfalls beigelegten Erläuterungen eine Vision entwickelt, die einen Dreiklang aus Natur, Wohnen und Handwerk für die Muna vorsieht.

Wir stellen vor diesem Hintergrund folgende Anträge:

1. Die Stadt Bamberg gibt auf der Grundlage des beiliegenden Planes eine Zweckerklärung gegenüber der BIMA ab und nimmt auf dieser Grundlage konkrete Kaufverhandlungen mit der BIMA auf. Sonst besteht die erhebliche Gefahr, dass die BIMA die Fläche anderweitig verwenden könnte, sodass sie nicht mehr als Zukunftsfläche für die Stadt Bamberg zur Verfügung steht.

2. Die Stadt Bamberg führt einen Dialogprozess mit der Bürgerschaft durch, um eine breite Basis für die künftige Entwicklung der Muna zu schaffen. Der von uns gemachte Vorschlag wird dabei zur Diskussion gestellt und mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickelt.

Bekanntlich ist es unproblematisch, auch nach einem Kauf der Muna durch die Stadt Bamberg eine Veränderung der Zweckbestimmung einzelner Flächen vorzunehmen entsprechend der konkreten Diskussionsergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses. In einem solchen Fall sind dann ggf. Aufschlagszahlungen oder Rückerstattungszahlungen zum Kaufpreis zwischen BIMA und Stadt möglich. Der Kauf der Fläche durch die Stadt mit Zweckerklärung kann folglich bei diesem Gesamtvorgehen auch bereits vor Abschluss des Bürgerbeteiligungsprozesses erfolgen, wie von uns vorgeschlagen.

Mit freundlichen Grüßen

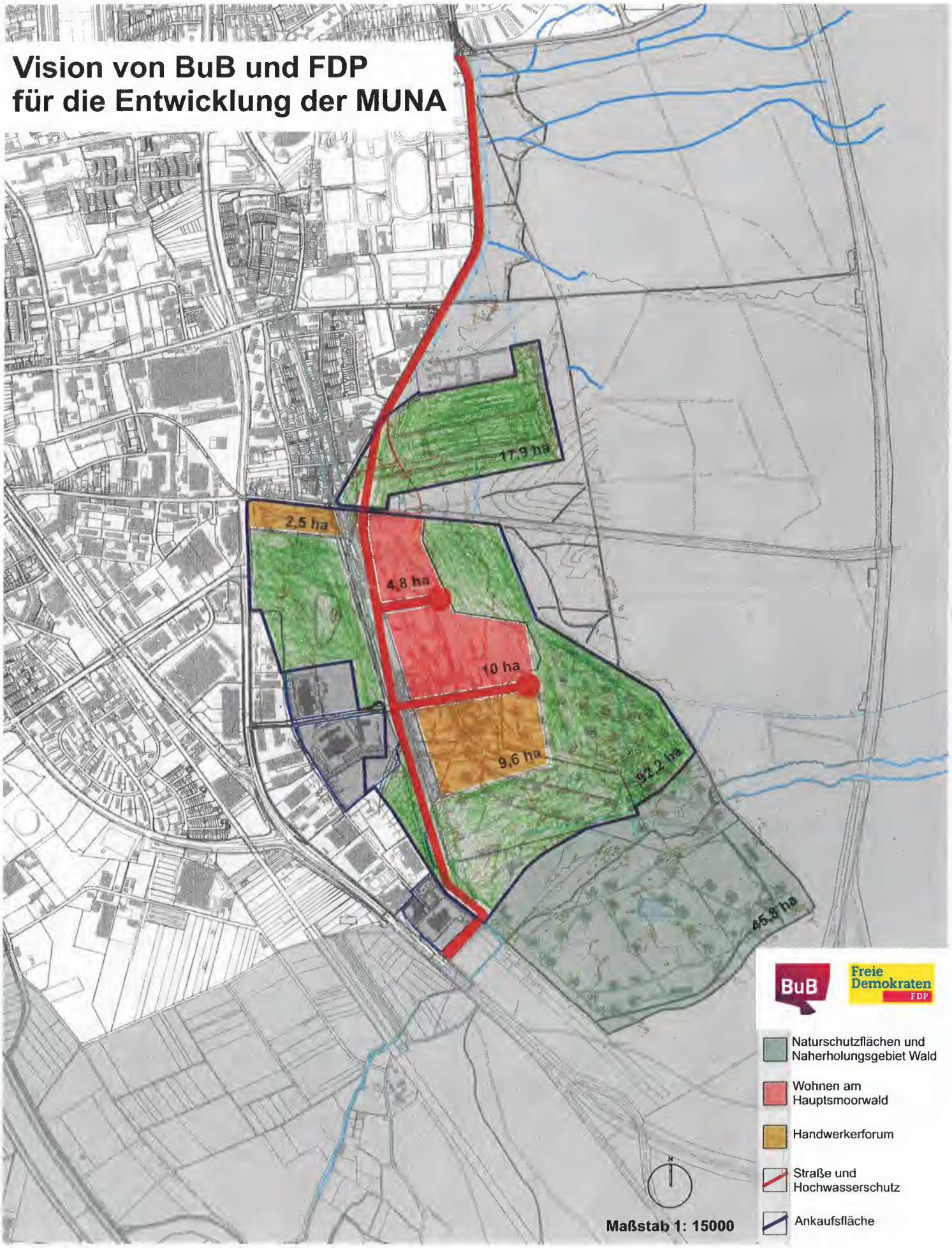
Martin Pöhner
FDP-Stadtrat

Daniela Reinfelder
BuB-Stadträtin

Anlage 1: Plan mit Zukunftsvision für die MUNA

Anlage 2: Erläuterungen zum Plan „Dreiklang aus Natur, Wohnen und Handwerk"

Vision von BuB und FDP für die Entwicklung der MUNA



Freie Demokraten FDP
Stadtrat Martin Pöhner
Katharinenstraße 1
96052 Bamberg

BuB
Stadträtin Daniela Reinfelder
Schorkstraße 2
96049 Bamberg

MUNA: Für Dreiklang aus Natur, Wohnen und Handwerk

Drei Bausteine für die Entwicklung der MUNA:

1. Säule „Natur":

Ökologisch wertvolle Wald- und Naturflächen in den Mittelpunkt stellen: Mischung aus Naturschutz- und Naherholungsgebieten

- Der Bedeutung der Waldflächen für das Stadtklima wird Rechnung getragen
- Vorhandenes Naturschutzgebiet wird gesichert, Schießplatz wird weiteres Naturschutzgebiet
- Gebiet südlich des Sendelbachs und weitere Gebiete auf der MUNA werden öffentlich zugängliches Naherholungsgebiet
- Durchgrünung des gesamten zu entwickelnden Gebietes, auch im Bereich der Wohn- und Handwerkernutzung (s.u.)

2. Säule „Wohnen":

„Wohnen am Hauptsmoorwald": Dem Bedürfnis der Bambergerinnen und Bamberger nach mehr und preisgünstigerem Wohnraum wird Rechnung getragen

Zielsetzung:

- bezahlbarer Wohnraum für alle Altersgruppen
- Viertel „mit Modellcharakter" mit Kita und einer Pflege- und Senioreneinrichtung

3. Säule „Handwerk":

„Handwerkerforum" für Bamberger Handwerker

- Starkes Bedürfnis des heimischen Handwerks nach Erweiterungs- und Verlagerungsflächen für Handwerksbetriebe wird befriedigt.
- Berücksichtigung der Belange der mittelständischen Bamberger Wirtschaft, insbesondere der selbständigen Handwerksbetriebe und kleinen Gewerbetreibenden
- Komplette Abkehr von früheren Plänen: klarer Ausschluss von Industrieunternehmen oder Logistikern

Rahmenbedingungen:

→ Bei der Entwicklung der MUNA bilden die bereits versiegelten Flächen den Ausgangspunkt der Planungen.

→ Erarbeitung der konkreten Ausgestaltung der Planung im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern.

19.02.2019

STADTRATS-
FRAKTION
BAMBERG
SPD

Bamberg, den 28.2.2019

SPD Fraktion Bamberg
Fon: 0951 – 208 24 – 36
Fax: 0951 – 208 24 – 37
fraktion@spd-bamberg.de

An Herrn
Oberbürgermeister Andreas Starke
Rathaus Maxplatz

Antrag der SPD-Stadtfraktion

Nachdem durch Bürgerentscheid die Planung für ein Gewerbegebiet auf dem Muna-Gelände verworfen wurden, sind für dieses Gebiet Alternativen zu suchen. Das Muna-Gelände eignet sich nach Auffassung der SPD-Fraktion bestens für die Schaffung bezahlbaren Wohnraumes. Angesichts der Wohnungssituation in Bamberg könnte dort unter Einbeziehung der Möglichkeit der sogenannten Verbilligungsrichtlinie sozialer Wohnraum im erheblichen Umfang geschaffen werden. Dazu müsste das Gelände, von der Kommune erworben werden wozu es eine entsprechende Zweckerklärung bedarf.
Die SPD-Fraktion beantragt deshalb,

- die Stadt gibt für das Muna-Gelände die Zweckerklärung Wohnen ab, um einen Erwerb der Flächen zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Stieringer
Fraktionsvorsitzender

Heinz Kuntke

Ø für BGM Metzner, 10/SD, 10/Presse, 1/Frau Marek erst.
Ø für 1, 2, 3, 4, 5, 6 z. vorl. Kenntnisnahme erst. 14.05.

GAL
Stadtratsfraktion

GAL-Fraktionsbüro Grüner Markt 7 96047 Bamberg

Herrn Oberbürgermeister
Andreas Starke
Rathaus Maxplatz

96047 Bamberg

Eingang Stadt Bamberg
Sekretariat OB
14. März 2019

Bamberg, 12. März 2019

Antrag : Fahrplan für die Zukunft des MUNA-Geländes im Hauptsmoorwald

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sowohl die SPD-Fraktion als auch einzelne Stadtratsmitglieder (FDP/BuB) haben Anträge für eine Bebauung/Nutzung des MUNA-Geländes gestellt. Die BA-Fraktion schlägt eine Bürgerbeteiligung nach dem Filderstadter Modell vor.
All diese Zukunftsgedanken sind löblich und beachtenswert, jedoch wird an das Areal herangegangen, als handele es sich um ein unbeschriebenes Blatt Papier und als sei dort im Prinzip alles denkbar, machbar und umsetzbar. Genau das ist es aber nicht.
Deshalb halten wir es in allererster Linie für notwendig, nach einem koordinierten Fahrplan vorzugehen, in dem diese Vorschläge zu angemessener Zeit eingebracht und überprüft werden können. Aus diesem Grund verzichtet die GAL auch bewusst auf inhaltliche Festlegungen an dieser Stelle und zum jetzigen Zeitpunkt.
Insbesondere soll der Fahrplan Ausgang nehmen vom Kerngedanken des erfolgreichen Bürgerentscheids, der ein Gewerbegebiet in den einst geplanten Ausmaßen verhindern und wertvolle Waldflächen erhalten wollte.

> **Wir beantragen deshalb, dass die Stadtverwaltung einen überzeugend strukturierten Fahrplan entwirft und dem Stadtrat zum Beschluss vorlegt, wie die Stadt für die weitere Nutzung des MUNA-Geländes im Hauptsmoorwald zeitlich und inhaltlich vorgehen will.**

Unser Vorschlag für einen solchen Fahrplan umfasst drei Schritte:

Erster Schritt: **Sondierung ab 2019**
1) Die Wald- und Naturflächen identifizieren, die aus Naturschutzgründen erhaltenswert sind und nicht bebaut werden sollen;
2) die Flächen identifizieren, die nicht unter 1) fallen, also für eine Bebauung geeignet sind; dabei insbesondere die Flächen ausweisen, deren Denkmalcharakter besonderer Berücksichtigung bedarf;

GAL-Fraktionsbüro
Grüner Markt 7 - 96047 Bamberg
Tel + Fax 0951/23777

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Alternative Liste

Stadtsparkasse Bamberg
BLZ 770 500 00 - GAL 578 205 486
DIE GRÜNEN 578 012 304

3) Altlastenverdachtsflächen identifizieren und eine Altlastenentsorgungsstrategie entwickeln, die Flächen aus 1) und 2) umfasst.
Dieser erste Schritt muss aufgrund von Expertenwissen erfolgen, die Expert*innen aus der Bürgerinitiative sind hier gezielt einzubeziehen. Die Ergebnisse sind für alle Bürger*innen transparent darzustellen, Bürgereinwände sind zu ermöglichen. Der Stadtrat beschließt hierzu einen Rahmenplan.

Zweiter Schritt: **Ideenpool und Bürgerbeteiligung für ein MUNA-Konzept 2030**
Für die Beplanung und Nutzung des MUNA-Geländes im Hauptsmoorwald wird eine umfassende Bürgerbeteiligung durchgeführt, die auf dem im ersten Schritt erarbeiteten Rahmenplan fußt.
1) Zunächst ist über die Form einer extern moderierten Bürgerbeteiligung zu entscheiden. Dabei werden verschiedene Modelle (z.B. Vorschlag Filderstadter Modell) auf ihre Tauglichkeit für dieses Vorhaben überprüft. Der Stadtrat entscheidet die Form der Bürgerbeteiligung und sichert verbindlich zu, die Ergebnisse entsprechend ernst zu nehmen und weiterzuverfolgen.
2) Vorschläge für Nutzung/Bebauung des MUNA-Geländes können von allen Bürgerinnen und Bürgern, Stadtratsmitgliedern, Verbänden etc. eingebracht werden (hier kommen die Anträge von Streichelzoo bis Handwerksflächen ins Spiel).
3) Der Zukunftsbeirat, Gestaltungsbeirat und Naturschutzbeirat der Stadt Bamberg werden explizit in das Beteiligungsverfahren einbezogen.

Dritter Schritt: **Planerische Festlegung und Realisierung 2030**
Aufgrund der Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens zum MUNA-Konzept 2030 wird – gegebenenfalls – ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet. Die Stadtverwaltung erarbeitet hierfür einen B-Plan-Entwurf, der das MUNA-Konzept
1) in das bestehende Stadtentwicklungskonzept integriert,
2) an das in Aufstellung befindliche Verkehrsentwicklungskonzept anschließt,
3) in den neuen Flächennutzungsplan einarbeitet.

Parallel zu den drei Schritten wird Kontakt zur BImA gehalten und ein Verkauf der gesamten Fläche oder von Teilflächen verhandelt.

Vielen Dank für Ihre Bemühungen.
Mit freundlichen Grüßen

i.V. | i.V. | C. Laaser
Ursula Sowa | Wolfgang Grader | Christiane Laaser

Michael Bosch I Hans-Jürgen Eichfelder I Dr. Ursula Redler I Herbert Lauer I Dieter Weinsheimer I Wolfgang Wußmann

BAMBERGER ALLIANZ
Stadtratsfraktion

An den
Oberbürgermeister der Stadt Bamberg
Herrn Andreas Starke

Rathaus Maxplatz
96047 Bamberg

Dr. Ursula Redler, Stadträtin
Fraktion Bamberger Allianz
Jakobsberg 16
96049 Bamberg
Tel. 0170 6055599
E-mail: ursula.redler@gmail.com
www.bamberger-allianz.de

Bamberg, 10.04.2019

Potentielle Kosten für Ausweisung und Zugängigmachung des MUNA-Geländes; hier: Antrag

Sehr geehrter Oberbürgermeister,

Sie haben die BA-Stadtratsfraktion mit einem Schreiben vom 26.03.19 zu einem Sondierungsgespräch am 7.05.2019 mit der Bürgerinitiative Hauptsmoorwald eingeladen. Es soll über den aktuellen Stand sowie über die weitere Vorgehensweise in Sachen „Muna" informiert werden. Mittlerweile liegen uns die aktuellen Pläne über die Vorstellungen der BI Hauptsmoorwald vor.

Um mehr Klarheit über diese Pläne zu gewinnen, bitte ich folgenden Antrag bearbeiten zu lassen:

Die Verwaltung prüft anhand der Pläne der BI Hauptsmoorwald die potentiellen Kosten für die Ausweisung und Herstellung der Zugänglichkeit (Prüfung der Verkehrssicherheit, Herstellung der Verkehrssicherheit und Abbau der Zäune etc. soweit möglich) der beiden Naturschutzgebiete und des Bannwaldes neben den und einschließlich der übrig bleibenden 18 ha (im unten beigefügten Plan „Gegenstand zukünftiger Planungen")

Die Kostenfrage stellt eine wichtige Voraussetzung für einen möglichen Ankauf des Muna-Areals dar - sowie für eine weitere konstruktive Diskussion. Wir halten es deshalb für wichtig, dass die Verwaltung anlässlich des von Ihnen gesetzten Termins im gewissen Maße Auskunft geben kann bzw. auch entsprechend vorbereitet ist.

Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ursula Redler, BA-Fraktion

1 Anlage: Zusammenfassender Plan der BI Hauptsmoorwald (Ausgabe FT v. 3.4.19)